

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreise** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Erziehungsl. monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 129.

Dresden, Mittwoch den 9. Juni 1909.

20. Jahrg.

## Ein geheimes Sozialistengesetz.

Es wird uns aus Berlin in Anknüpfung an unseren Artikel in der Montagsnummer geschrieben:

Eine Nachricht von folgender Bedeutung geht durch einen Teil unserer Parteipresse. Die Frankfurter Tagespost will erfahren haben, daß sich die bundesstaatlichen Regierungen auf Veranlassung Preußens vor einiger Zeit verständigt haben, Sozialdemokraten als unmittelbaren und mittelbaren Beamten im Staatsdienst wie in der Selbstverwaltung die Bestätigung zu verweigern. Dasselbe Nachrichten ist der Dresdner Volkszeitung, in noch schärferer Fassung, zugegangen. Da heißt es:

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat Preußen — wie es scheint nach dem Nürnberger Parteitag — von den anderen Bundesstaaten die Vereinbarung erprecht, daß man künftig Sozialdemokraten in denartigen Ämtern nicht dulden werde.

Eine derartige, an die Zeit der Karlsbader Beschlüsse und die schlimmste Bundesstaatspolitik gemahnende Vereinbarung würde zweifellos einen Bruch der Reichsverfassung sowohl wie der einzelstaatlichen Verfassungen in sich schließen. Wenn irgendeine Materie über das ganze Reich hin einheitlich geordnet werden soll, so hat dies durch die Faktoren der Reichsgesetzgebung zu geschehen. Will also z. B. Preußen Bayern oder Baden veranlassen, sozialdemokratischen Bürgermeistern, Lehrern usw. die Bestätigung zu verweigern, so kann das verfassungsmäßig nur durch ein Reichsgesetz geschehen, das vom Reichstag und Bundesrat zu beschließen ist. Nach dem Grundgesetz, Reichsrecht bricht Landesrecht und dann alle diesem neuen Reichsgesetz entgegenstehenden Verfassungsbestimmungen über die Gleichheit der Staatsbürger und die Zugänglichkeit der Ämter aufgehoben sein. Es ist nicht das mindeste dagegen einzumenden, wenn Preußen den Erlaß eines solchen neuen Sozialistengesetzes gemäß den Vorschriften der Reichsverfassung betreiben und eine derartige Vorlage im Bundesrat einbringen will. Es gäbe vielleicht kein besseres Mittel, wieder einmal etwas Leben in die Bunde zu bringen, als einen offenen, frischen und schlichten Kampf um die Rechtsstellung der sozialdemokratischen Staatsbürger im Deutschen Reich.

Wäre aber die Nachricht der Frankfurter Tagespost richtig, dann wären die Regierungen einen krummen Weg gegangen, weil sie den geraden scheuen. Sie hätten unter Umgehung der Reichsverfassung sich dahin verständigt, daß grundlegende Bestimmungen der einzelstaatlichen Verfassungen in Verwaltungsangelegenheiten außer Kraft gesetzt werden sollen. Sie hätten sich der preussischen Methode vollkommen angepaßt, die darin besteht, durch tabulische Verordnungen das Parteirecht illusorisch zu machen und mit dem möglich geringsten Aufwand von Geld und Aufsehen den möglich härtesten Terrorismus zu üben. Für ein solches Verhalten hätten die einzelstaatlichen Regierungen keine Entschuldigung, denn gegen ein derartiges preussisches Ansinnen stand ihnen immer die Pflicht in die Deffektivität offen. Die bloße Andeutung einer solchen Möglichkeit würde genügt haben, den Agenten der preussischen Politik den Mund zu schließen.

Es scheint aber fast, als ob derartige Vereinbarungen zur Umgehung der Reichsverfassung nicht Neues mehr wären. So lobt man schon seit Jahren vielfach behauptet, es befänden zwischen den einzelstaatlichen Volksverwaltungen geheime Vereinbarungen über die Handhabung des Fremdenrechts, Naturalisation von Ausländern usw. Vielleicht gibt sich einmal im Reichstag als Faktor der Reichsgesetzgebung drängt keine Kammer von Volksgeheimnissen sehen sich zu dulden, die, im Dunkeln arbeitend, geheime Reichsgesetze fabriziert.

## Zu den Steuerfragen.

**Bilows Kundgebung**

Die Tangentfrage —, die die Stellung der Regierung zur Finanzreform endlich klarlegen soll, ist nach einem Telegramm des hannoverschen Kuriers für den 18. Juni in Aussicht genommen. Bilow werde bei dieser Gelegenheit nicht nur die Stellung der Regierung zu den neuen Steuern, sondern das Regierungsprogramm für die gesamte innere Politik entwickeln. In diesem Programm werde die Verwirklichung der in eine Erbschaftsteuer umgewandelten Nachlasssteuer das Hauptmoment bilden.

Das nationalliberale Blatt ist der Meinung, daß die Reichshofenschen Anträge so gut wie gar keine Aussicht mehr hätten.

Zum Streit der Liberalen schreibt die Liberale Korresp.: Die nationalliberalen und die freisinnigen Mitglieder der Reichsfinanzkommission werden an der am 12. Juni stattfindenden Sitzung der Kommission zur Feststellung des Berichtes teilnehmen. Entsprechend der früher abgegebenen Erklärung haben diese Parteien lediglich wegen Verlegung der Geschäftsordnung an der Beratung der neuen Steuerentwürfe nicht teilgenommen. Der Mitwirkung an der Feststellung des Berichtes werden sie sich ebensowenig entziehen wie der Mitwirkung an der Beratung der Regierungsvorlagen.

**Wahlrechtsreform und Kohlenausfuhrzoll.**

Zur Reichsfinanzreform schreibt die Kölnische Volkszeitung mit Hinweis auf die neueste Kundgebung des Norddeutschen Allgemeinen:

„Daß die Finanzkommission auf Antrag der Konserverfabriken neue materielle Vorschriften in das Finanzgesetz hineingearbeitet hat, ist zutreffend. Allein es mag die Frage gestattet sein, wie weit handelten die konservativen Antragsteller dabei im Einverständnis — wir glauben, fast sagen zu dürfen: nach Wunsch — der verbündeten Regierungen? Bei der Zehnersteuer und der Zehnersteuer für Kaffee und Tee glauben wir solches ohne weiteres annehmen zu können. Anders liegt die Sache bei der Wahlenumsatzsteuer und beim Kohlenausfuhrzoll. Wohl existiert für letztere Materie eine gewisse Geneigtheit in einzelnen Ministerien und vielleicht bei den zwar nicht reformmäßig, aber tatsächlich sachverständigen Ministern. Andre sind entschiedene Gegner und diese scheinen zurzeit die Oberhand zu behalten. Jedenfalls sind letztere beiden Materien, Kohlenausfuhrzoll und Wahlenumsatzsteuer, ohne Verlang für die Deckung des Finanzbedarfes, weil die Finanzkommission diesen Bedarf durch Annahme der Kötterungssteuer auf Immobilien, Wertzuwachs- und Umlagesteuer bereits überdeckt hat, so daß ganz gut ohne Schaden eine oder die andre der kleineren sogenannten Ertragsteuern in Wegfall kommen kann.“

**Bankbeamte und Kötterungssteuer.**

Der Verein der Bankbeamten in Berlin hatte zu Montagabend eine Versammlung einberufen, die sich mit der Kötterungssteuer beschäftigte. Nach einem einleitenden Referat wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Raum von den lästigen Fesseln des Börsengesetzes befreit, dessen weiteres Fortbestehen die Auslösung vieler mittlerer und kleinerer Bankgeschäfte und dadurch die Stillenlosigkeit vieler Tausende von Bankangestellten zur Folge gehabt hätte, werden wir durch die beschuldigte Steuer, die noch tiefer als das Börsengesetz schädlich auf die Börse und das Bankwesen einwirken würde, auf höchste Beunruhigung. Wir können wohl laien, daß durch die Erhöhung der Banksteuer die Einkommensverhältnisse der Angestellten stark herabgedrückt würden. Die Folge davon wäre die Schaffung eines großen Protestantismus von gebildeten Leuten, das sich sicher einer Partei anschließen würde, die nicht die schwächste Opposition zu der Regierung und den bestehenden Staatsverhältnissen einnimmt. Wir hoffen von der Regierung, daß sie nun und nimmer ihre Zustimmung zu derartigen Gesetzen erteilen wird.“

**Protest gegen die Reinlichkeitssteuer.**

Montagabend fand in Berlin eine zahlreich besuchte Versammlung von Arbeitern, Freizeitern und Interessenten des Sozialen, Pazifisten und Drogenverweigerern statt, um gegen die Steuer auf Kosmetika und Parfümerieartikel Protest einzulegen. Kommerzialrat Lohse, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Parfümeriefabrikanten, kritisierte die geplante Steuer und verteilte ein ganz besonders, das das Stück Geld des Arbeiters, das ein Pfennig koste, um fünf Pfennig verteuert werden soll. Dr. Richter tadelt an der „Zentrumsvorlage der Finanzkommission“ namentlich, daß die Parfümeriesteuer nicht als eine besondere Vorlage, sondern als ein Teil der Brantweinsteuer behandelt werde, so daß sie also mit dieser falls er angenommen werde. Dr. Dolg wies darauf hin, daß durch die Steuer Tausende von Gewerbetreibenden brotlos gemacht werden würden. Nach weiterer Debatte wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, in der die Verwirklichung einer solchen Steuer gegen die alle Parfümerieinteressen auf das schwerste schädigende Steuer erhalte. Am 18. Juni findet eine neue Versammlung derselben Interessenten statt, an der auch mehrere Reichstagsabgeordnete teilnehmen werden.

## Der Kampf um die Glaubensfreiheit in Rußland.

Aus Petersburg schreibt man der Russ. Korresp.: Schon die ganze Woche toben im Parlament und in der Presse stürmische Kämpfe um die Glaubensfreiheit und die Schaffung einer Staatsatheismus. Eigentlich gilt es nur, die bereits durch den Reichstag der Jahre 1904 und 1905 inaugurierte Lösung eines in Rußland besonders scharfen Problems in die Wirklichkeit umzusetzen. Allein gerade in diesem Moment verlagert die von allen Seiten hergehenden und hergehenden Regierung. Längst soll es der Zar unter den sich drängenden eintreffenden Vordrängen betonen, daß er seinerzeit in den Gewissensfreiheitsverordnungen so weit gegangen ist, und die sogenannten Patrioten schlagen darauf reichlich Kapital. Umstand ist, dem Wogen der von ihrem Nationalismus getragenen wogenden Elemente der rechtgläubigen Kirche, scheint man in Petersburg Gelo die Toleranz und glaubt, wie in früheren Zeiten, nur mit Hilfe der Beschränkungspolitik dem Volkswillen gerecht zu werden. Stolypin aber macht sich trotz innerlich entgegengegesetzter Meinungen wie ein Bergweiser zum Wandstreck freischreitender Tendenzen, er bemerkt sich immer fester an die ihm einschneidende Position und hebt sich, um noch eine Weile im Sattel zu bleiben, in dialektisch-sophistische Wortklaubereien hinein. Allein bei diesem verzweigten Spiel ist er nahe daran, die einzige Partei, auf die er sich bislang verlassen konnte, die Orthodoxen, zu verlieren.

Denn für die Orthodoxen ist die Glaubensfreiheit mehr oder minder zum Ehrenpunkt geworden. Nicht nur weil aus den Kreisen der Altgläubigen, die als von der orthodoxen Kirche abgewandte Sekierer an der Freiheit ein großes Interesse haben, starke Wurzeln des abweichenden Lebensstiles ansetzen, sondern auch, weil die Orthodoxen überdies endlich einmal der Gesellschaft Antwort geben müssen, was sie im Verlaufe ihrer anderthalbjährigen parlamentarischen Vorherrschaft von ihren freigeistlichen Kollegen parlamentarischen Vorherrschaft sich bemüht haben. Jetzt rufen sie nicht nur zu bewerkstelligen, sondern zu einem neuen Parteitag, und sie sind nach jahrelanger Warte zu einem neuen Parteitag, und die Parteiung würde eben noch so geringen Anspruch auf Volksweltlichkeit erheben, wenn die Führer nicht wenigstens auf einige Kämpfe um grundsätzliche Probleme hinwirken könnten. Wenn es

aber, wie Gutschikow sich ausdrückt, bei den anderen politischen Freiheiten wenigstens einen Schatten von Verachtung für ihre Einseitigkeit gegeben habe, so existiere bei der Frage der Glaubensfreiheit nicht einmal ein solcher Schatten. Diese Unterzeugung scheint auch bei der überwiegenden Mehrheit seiner Parteifreunde vorherrschend. Denn vorläufig hat sich das Gros der Orthodoxen weder durch die Verfassung Stolypins auf das fromme und insensibel bekende russische Volk, das eine reformable Glaubensfreiheit nicht verstehen würde, sondern, nach dem dessen blühende Erklärung einschließen lassen, daß die von der Glaubensfreiheitskommission geplanten Neuerungen, vor allem die Freiheit des Hebertums von einer kirchlichen zu einer nichtkirchlichen Religion, für die Regierung unannehmbar seien.

So wagt der Krieg um die Glaubensfreiheit zu einem ersten prinzipiellen Konflikt aus, zu einem weit erweiteren, als es der Konflikt wegen des Budgets des Marinegeneralstabs gewesen. Zwar meinen diese, daß die Orthodoxen schließlich um nicht Stolypin zum Heubirten, zur Damaufhebung und zur eventuellen Wahlrechtsänderung zu werden, doch noch umfallen würden. Ein solch klägliches Unheil würde sie aber vor dem ganzen Lande zu unerbittlichen Feindlingen machen, die einmal das Unglück gehabt, einen mutigen Entschluß zu fassen, und die Waffen nur ergriffen haben, um sie zu brechen, sowie der Gegner an die Seite schlug. Wie dann die Orthodoxen in aller Urtel dastehen würden, können sie auch zu ahnen, und müssen es sich darum augenblicklich mit einer gewissen Ergebnisheit gefaßt lassen, daß sie von der schwarzen Spitze mit den Ketten und sonstiger Opposition in einen Topf geworfen werden. Eine scheinbare Verzeigung genügt dieser Vorwurf durch den Umstand, daß die Duma in den letzten Tagen zweimal bei wichtigen Fragen jene harte Majorität auszubilden hatte, die von den Orthodoxen bis zu den Sozialdemokraten sich erstreckte. Und nicht wenige Orthodoxen waren es, die in den Reichstag eintraten, der dem Redner der Ketten Gutschikow zuteil wurde, als er Stolypin entgegenwarf, das Verhalten der Regierung gegen das von der Duma verlangte Gesetz sei zu formulieren als völlige Bereitwilligkeit, das Prinzip in Worten anzuerkennen, und als ebensolche Bereitwilligkeit, seiner Verwirklichung im Leben auszuweichen.

Sehr erregt sind die Müller und Intriganten von der kaiserlichen Residenz über diese Situation. Wenn sich Stolypin an der Glaubensfreiheit das Gemäch brechen sollte, werden sie ihm überdies keine Kränze nachweisen. Mag er noch so reaktionär handeln, an ihm gefaßt haben nicht die „liberalen“ Wären, und so wurde auch seine letzte Rede trotz ihrer freizeitschreiblichen Ergebnisse wegen rein oratorischer Mängel in Kulturwissenschaften von ihnen sehr froh aufgenommen. Sie hätten Stolypin nur dann auf seinen Posten weiterzulassen, wenn sie seiner Untertänigkeit in allen Fällen sicher wären, aber diese Sicherheit fehlt ihnen nun ein für allemal. Darum bereitet es ihnen ein großes Bedauern, daß es bald wieder kriseln dürfte, man nun das Objekt der Kritik der ungewissen Stolypin aber die nicht weniger ungewissen Duma sein. Ob dann Stolypin einem anderen den Weg einzunehmen möchte, der sich ohne Einschränkung nach ihrer Pfeife tanzen würde, oder ob die Duma noch weiter beengt werden sollte, immer hoffen sie darauf einen Gewinn zu erzielen. An andere weniger angenehme Eventualitäten glauben sie nicht.

Auch von ihrem parteipolitisch-demagogischen Standpunkt aus fühlen sie sich wieder fegebereiter. Die Gesetzmäßigkeit der Orthodoxen hatte sie immer verstimmt, und erst vor kurzem lief einer von der Exzentrikeren, als ihnen das Zentrum mit einem reaktionären Antrag in der Duma autorisiert war, voll Ferkel und Verhöhnlichkeit aus, nichts ginge hoch über die Anpassungsfähigkeit der Orthodoxen an die Reaktion. Nach der neuesten Wendung aber glauben sie die Orthodoxen als Kander neuesten Wendung aber glauben sie die Orthodoxen als Kander, kurreng los zu sein, was ihnen jetzt ganz besonders aufstehen kommt, da sie eine Parole für sich allein brauchen. Bei den noch in diesem Monat stattfindenden Volkstauer Jubiläumfeierlichkeiten, die ihnen sich ungeheure Massen einstellend sein werden, möchten sie ihren separaten Patriotismus leuchten lassen. Diesen Wunsch hat ihnen aber ihr Führer Dubrowin hart verbißert. Wer als ständischer Vorredner geradelt ist, ist keine Repräsentation. Da heißt es durch Gutschikow die Schande zu vermeiden. Gibt es aber einen besseren Stoff zum Schreiben als die Religion, die Kirche sei in einen besseren Stoff zum Schreiben, die nicht gläubig, sondern abergläubig sind, werden es ihnen glauben. Dann gibt es einen pompösen Besonngshoben für das frivole Umsturzstreben, das sich auf den Parteiböden verschiedener Strömungen und sonstiger Subalternität in Petersburg schon jetzt abspielt.

Petersburg, 8. Juni. In der Mondbildung der Reichsduma wurde das Gesetz über den Hebertritt aus einer Religionsgemeinschaft in eine andere gemäß dem Referat der Kommission für Konfessionsfragen mit den von den Orthodoxen vorgelegten Änderungen in erster Lesung angenommen.

## Deutsches Reich.

**China gegen das Dreifachwahlrecht.**

Aus China, wo im Laufe der nächsten Jahre eine Verfassung eingeführt werden soll, kam im April d. J. eine aus fünf hohen Würdenträgern bestehende Studienkommission nach Deutschland, die jetzt ihre Arbeiten vollendet hat und zur Heimkehr rüstet. Ein Berichterstatter des Berl. Lok.-Anz., der die Herren aus dem fernsten Osten aus diesem Anlaß noch einmal besuchte und ausfragte, kann nun über das Ergebnis der Arbeiten u. a. folgendes berichten:

Sie überlegen die Hauptteile der preussischen und der Reichsverfassung sowie die Geschäftsordnungen unserer Parlamente und die Wahlgesetze. Die Arbeit war schon deshalb keine leichte, weil es schwierig war, für die deutschen Begriffe die prägnantesten chinesischen Worte zu finden. Für Reichstag